

Westfalenblatt 01.09.2016

Mangel an psychosozialer Versorgung

Marion Benzait und Gertrud Bouzaima weisen auf Probleme hin



Von Frank Spiegel

Brakel(WB). Es gibt aktuell genug zur Verfügung stehenden Wohnraum für ankommende Flüchtlinge in Brakel, die 321 hier lebenden Personen werden von der Verwaltung und dem Arbeitskreis ökumenische Flüchtlingshilfe gut versorgt. Das hat Fachbereichsleiter Norbert Loermann im Hauptausschuss berichtet. Dass unter anderem nicht ausreichende psychosoziale Versorgung und fehlende Ausbildungsmöglichkeiten junger Menschen Probleme bereiten, erläuterten Gertrud Bouzaima und Marion Benzait am Rande der Sitzung.

Etwa 40 Prozent der Asylbewerber und Flüchtlinge seien nach Schätzungen des Deutschen Ärzteblattes traumatisiert – Zahlen, die die beiden in der Flüchtlingsarbeit tätigen Sozialarbeiterinnen für realistisch halten. »Der Anteil der Fälle, die uns in Brakel bekannt sind, liegt bei 12,5 Prozent«, berichten sie. Insbesondere junge Menschen seien betroffen.

Als Beispiele nennen sie einen jungen Mann aus Syrien, der regelmäßig von seiner Familie Nachrichten bekommt, dass diese Hunger leide und um sie herum Bomben fielen, den Flüchtling, der sich so sehr nach seiner Mutter sehnt, dass er sich ihren Namen mit einem Messer in den Oberarm geritzt hat oder den Asylbewerber, der zuletzt in der Türkei ein Lebenszeichen seiner Eltern bekommen hat. »Manche dieser jungen Leute – gerade einmal 18 Jahre alt – kommen mit der Situation nicht klar. Sie sagen, sie würden lieber mit ihrer

Familie sterben als von ihr getrennt zu sein«, schildert Gertrud Bouzaima. »Wir sagen dann zum Beispiel ›Denk an Deine Eltern, was haben sie nicht alles auf sich genommen, um Dir die Flucht zu ermöglichen‹ – aber eine psychosoziale Versorgung kann das nicht ersetzen«, weiß die Sozialarbeiterin.

Dass die Wartezeiten in diesem Bereich für deutsch sprechende Betroffene oft Monate betragen, wissen die Fachfrauen. »Umso schwieriger ist es bei den Flüchtlingen. Da fehlt es an Übersetzern. Und unbehandelt wird eine Depression irgendwann zur Psychose«, beschreibt Gertrud Bouzaima die Problematik.

Dieses Problem sei aber ebenso wenig von der Stadt Brakel zu lösen wie die fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten für junge Asylbewerber, ergänzt Marion Benzait. Hier müsse das Land Nordrhein-Westfalen tätig werden. Angesichts fehlender Auszubildender böten die Asylbewerber ein großes Potenzial, aus dem man schöpfen könne. »Eine Berufsbeschulung für den hauptsächlich betroffenen Personenkreis der 18- bis 21-Jährigen ist in Nordrhein-Westfalen nicht vorgesehen«, bedauert sie, denn sie kennt es anders. Bevor sie nach Brakel kam, war sie lange Jahre in Dachau bei München tätig. Und in Bayern gibt es diese Berufsbeschulung. »Und sie wird von allen Beteiligten als ein Segen empfunden«, sagt Marion Benzait.

Ganz oben auf dem Wunschzettel der beiden Sozialarbeiterinnen würde auch Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge stehen. Die Bereitschaft privater Wohnungsbesitzer an diese zu vermieten, sei leider nicht sehr ausgeprägt. Und Wohnungsbaugesellschaften, wie es sie in Ballungszentren gebe, finde man im heimischen Raum kaum.

In diesem Monat erwartet die Stadt Brakel 47 neue Flüchtlinge, nachdem die Stadt seit Jahresbeginn keine neuen Asylbewerber hat aufnehmen müssen. Das berichtete Loermann im Ausschuss. Wegen des großen Sanierungsbedarfs im alten Heim in der Märsch seien die Flüchtlinge aktuell in den anderen Unterkünften im neuen Heim in der Märsch, im Heinrich-Kluge-Weg und im Erlenhof untergebracht.

Als erschreckend bezeichnete er die Zahl von 63 Asylbewerbern mit unbekanntem Aufenthalt. »Die können jederzeit auftauchen. Oder wenn sie aufgegriffen werden, werden sie nach Brakel zurückgebracht«, beschrieb er die Situation.

Sigrid Wichmann, Leiterin des Ausländeramtes des Kreises Höxter, sieht Probleme darin, dass manche Asylbewerber sich nicht nur an einem, sondern an mehreren Orten registrieren ließen. Wie die beiden Brakeler Sozialarbeiterinnen auch, sieht sie die Beratung von Asylbewerbern mit einer geringen Bleibeperspektive mit einer Empfehlung für eine freiwillige Ausreise als wichtigen Weg.